

Eine Dritte Option der Ökonomie

	Sozialistischer Pol	Dritte Option	Kapitalistischer Pol
	Ist schlecht	Besitz ist wertneutral	Ist gut
Besitz	Besitz führt zu Ungleichheit und ist damit schlecht.	Besitz ist von sich aus neutral. Besitz bringt die Verantwortung mit, ihn (auch) für das Gemeinwohl einzusetzen. Besitz kann gefangenommen, wir müssen lernen loszulassen (bspw. Matthäus 19,16ff).	Besitz ist grundsätzlich gut. Erst Besitz ermöglicht es, sich für das Gemeinwohl einzusetzen. Der Besitzstand ist mit allen Mitteln zu wahren.
	Jeder hat gleich viel	Jeder hat, was er braucht	Jeder hat, was er verdient
Besitzverteilung	Absolut gleiche Verteilung aller Güter. Ziel: Wenn jeder gleich viel hat, hat jeder genug. Begründung: Alle Menschen sind gleichwertig, darum sollen auch alle gleich viel haben. Problem: Nicht jeder benötigt gleich viel und die Gier des Menschen fördert die Korruption.	Jeder soll genügend haben. Ziel: Niemand soll Mangel erleiden. Begründung: Auch wenn alle Menschen gleichwertig sind, haben nicht alle dieselben Bedürfnisse. Problem: Die ungleiche Verteilung erscheint ungerecht und weil es keinen festgelegten Rahmen für gerechtfertigte Bedürfnisse gibt, kann die Gier des Menschen dieses System ausnutzen.	Die Güter verteilen sich anhand der Anstrengung jedes Einzelnen. Ziel: Jeder hat soviel, wie er verdient. Begründung: Besitz und Einkommen sagen nichts über den Wert des Menschen aus, deshalb darf es unterschiedlich sein. Schlussendlich soll Leistung honoriert werden. Problem: Die Gier der Menschen sowie die Ungleichheit der Vorbedingungen (Gaben, Herkunft etc.) führen dazu, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft und sich vererbt.
	Jeder bekommt gleich viel	Jeder bekommt, was er braucht	Jeder bekommt, was er verdient
Einkommenshöhe	Alle bekommen den gleichen Lohn. Ziel: Wenn jeder gleich viel bekommt ist es gerecht und niemand muss neidisch sein. Begründung: Jede Art der Arbeit ist gleichwertig, darum sollen auch alle gleich viel bekommen. Problem: Nicht jeder benötigt gleich viel, nicht jede Arbeit ist mit gleicher Verantwortung und Anstrengung verbunden, was gleichen Lohn leistungsbezogen ungerecht macht. Und Neid gibt es trotzdem.	Jeder soll genügend haben, darum bedürfnisangepasste Einkommen. Ziel: Niemand soll Mangel erleiden. (bspw. Jakobus 5,4) Begründung: Auch wenn alle Menschen gleichwertig sind, Art, Umfang und Verantwortung der Arbeit wie auch die Bedürfnisse sind unterschiedlich. Problem: Wer kann eine Leistung respektive die damit verbundene Verantwortung gerecht beurteilen? Und wie bewertet man die unterschiedlichen Vorbedingungen und bezieht diese gerecht mit ein?	Die Einkommen gestalten sich anhand der Anstrengung (dazu gehört auch Nachfrage und Verhandeln) jedes Einzelnen. Ziel: Jeder bekommt soviel, wie er verdient. Begründung: Das Einkommen sagt nichts über den Wert des Menschen aus, deshalb darf es unterschiedlich sein. Schlussendlich soll Leistung honoriert werden. Problem: Die Gier der Menschen sowie die Ungleichheit der Vorbedingungen führen dazu, dass die Schere zwischen Top-Verdienern und sogenannten profanen Arbeitern weiter auseinanderklafft.
	Der Staat muss mit allen Mitteln Gleichheit erstellen	Der Staat schützt das Zusammenleben	Ein möglichst schlanker Staat
Staatliche Eingriffe	Der Staat (urkommunistisch durch die revolutionäre Übergangsgesellschaft) hat für die Durchsetzung der Gleichheit aller zu sorgen. Dazu nutzt er alle ihm zur Verfügung stehenden staatlichen Mittel wie Gesetzgebung, Fiskus, Bildungsmonopol etc. Weil der Mensch sich nicht freiwillig darauf einlässt muss der Staat die volle Kontrolle übernehmen.	Gott hat die Staatsmacht gegeben, zum Schutz des Zusammenlebens der Menschen und im Speziellen der Menschenwürde (bspw. 1. Timotheus 2,1ff). Deshalb schützt der Staat besonders die Schwachen vor den Starken (siehe Bonhoeffer). Er tut das mit dem Gewaltmonopol, um das Gesetz und die Freiheit zu bewahren damit jeder für sich selber sorgen kann, u.U. kann er mit finanziellen Mitteln dazu beitragen. Der Staat hat bei allen Eingriffen die Ermessensfrage zu stellen.	Der Staat hat in erster Linie die Aufgabe, durch das Gesetz das grundlegende Zusammenleben, die Freiheit (zu wirtschaften) und den Besitzstand mit seinem Gewaltmonopol zu sichern und damit Rechtssicherheit zu schaffen. Der Staat soll möglichst wenig intervenieren.
	Der Staat braucht die volle Kontrolle	Der Staat braucht angemessene Mittel	Tiefe Steuern befeuern die Wirtschaft
Steuern	Je mehr der Staat kontrolliert und je mehr über ihn läuft, desto mehr Gleichheit.	Der Staat braucht angemessene Mittel für seine Aufgaben, insbesondere zum Schutz des Schwächeren (bspw. Markus 12,17). "Man erkennt den Wert einer Gesellschaft daran, wie sie mit den Schwächsten ihrer Glieder verfährt." (Gustav Heinemann) Die Bedürfnisse/Wünsche der Wirtschaft sind zu berücksichtigen, dürfen aber nicht die Steuerpolitik bestimmen.	Je tiefer die Steuern, desto florierender die Wirtschaft. Wo die Wirtschaft floriert, geht es allen besser. Je höher die Steuern, desto mehr wirtschaftliche Abwanderung. Die Bedürfnisse der Wirtschaft bestimmen, welche Steuerpolitik sich ein Staat leisten kann. Da die Besitzstandswahrung oberstes Gebot ist, wird Arbeitsleistung fiskalisch bestraft, Kapitalertrag nicht.
	Der Markt ist eine steuerbare Masse	Der Markt muss reguliert werden	Der Markt reguliert sich selbst
Markt	Der Markt kann vom Staat geplant und gesteuert werden.	Da der Markt vom Menschen bestimmt ist, ist er auf den Eigennutz ausgerichtet. Deshalb braucht es Regulierungen, um die Schwächeren vor die Gemeinschaft zu schützen (bspw. Levitikus 25,14,17).	Der Markt reguliert sich selbst und sorgt für Ausgleich. Jeder Eingriff in den Markt stört das Gleichgewicht und damit die Entwicklung des Marktes.
	Schulden für die Umverteilung	Schulden sind möglich, aber knechten	Schulden sind der Motor der Wirtschaft
Schulden	Für die Umverteilung sind anfängliche Schulden unumgänglich. Da gleichzeitig mit der Umverteilung Kosten generiert werden, können diese Schulden steigen. Durch die vollständige Staatskontrolle, auch der monetären Aspekte (Löhne, Preise etc.), können aber Schulden auf Kosten der Allgemeinheit reduziert werden.	Es gibt Situationen, wo Schulden unumgänglich sind. Der Schuldner "gehört" dadurch dem Gläubiger (früher im wahrsten Sinne des Wortes). Das heisst, Schulden knechten. Weil Gott uns zur Freiheit berufen hat (Galater 5,1), sollen Schulden eine Notmöglichkeit sein und wieder getilgt respektive vergeben werden (bspw. Levitikus 25).	Wachstum ist das oberste Ziel jeder Marktwirtschaft. Die Verschuldung ist der Motor der Wirtschaft, weil Wachstum nur noch über diesen Weg möglich ist. Es ist das Wachsen auf Kosten der Zukunft.
	Die Gemeinschaft versorgt durch den Staat	Gott nimmt uns in seine Versorgung hinein	Die freie Markt versorgt
Versorgung	Der Staat plant, produziert und koordiniert die Versorgung der Bevölkerung.	Gott ist Besitzer von allem, aber er hat den Menschen als Verwalter eingesetzt. Als sein Gegenüber nimmt er uns in alle seine Aufgaben mit hinein, auch bei der Versorgung (bspw. 2. Korinther 9,8 und Jakobus 2).	Der freie Markt, wo die Nachfrage das Angebot bestimmt, sichert damit die Versorgung.
	Gemeinwohl wird verordnet	Gemeinwohl entsteht primär durch Freiwilligkeit	Gemeinwohl ist ein Nebenprodukt des Kapitalismus
Gemeinwohl	Wenn alle gleich viel bekommen und gleich viel haben, ist das Gemeinwohl garantiert	Der Mensch ist als Gemeinschaftswesen geschaffen. Weil er von Gott geliebt wird und in seine Gemeinschaft hineingenommen wird, schenkt er von dieser Liebe weiter (bspw. 1. Thessalonicher 3,12) und investiert sich persönlich für das Gemeinwohl.	Gemäss Adams gilt: Wenn jeder möglichst gut für sich selbst sorgt, sorgt er damit gleichzeitig, unbewusst und unabsichtlich, mehr für das Gemeinwohl, als wenn er bewusst für das Gemeinwohl sorgen möchte.